



– Es gilt das gesprochene Wort im englischen Original –

MÜNDLICHE ERKLÄRUNG

Punkt 4: Interaktiver Dialog zum Bericht des Hochkommissariats über seinen Bericht zur Menschenrechtsslage in der Bolivarischen Republik Venezuela (HRC res. 45/20)

INTERNATIONALE UNTERSUCHUNGEN SOWIE DER SCHUTZ UND DIE EINBEZIEHUNG
VON MENSCHENRECHTSVERTEIDIGERN SIND UNABDINGBAR FÜR DIE BEWÄLTIGUNG
DER MENSCHENRECHTSKRISE IN VENEZUELA

UN-Menschenrechtsrat
Siebenundvierzigste Sitzungsperiode
21. Juni-13. Juli 2021

Sehr geehrte Frau Präsidentin, Amnesty International möchte der Hochkommissarin für Menschenrechte für ihren Bericht zur Menschenrechtsslage in der Bolivarischen Republik Venezuela einschließlich einer Bewertung der Umsetzung ihrer Empfehlungen an die Regierung Venezuelas danken.

Es ist zutiefst enttäuschend, dass trotz wiederholter Empfehlungen von Seiten des Büros der Hohen Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte sowie der unabhängigen internationalen Ermittlungsmission für Venezuela, wiederholte Berichte über Menschenrechtsverletzungen diesen Rat erreicht haben, von denen einige als Verbrechen gegen die Menschheit eingestuft werden können [1], und unvermindert in Venezuela anhalten. Die Sondereinsatzkräfte (FAES) der Bolivarischen Nationalpolizei sind trotz der Empfehlung der Hohen Kommissarin, sie aufzulösen, nach wie vor aktiv, politisch motivierte willkürliche Verhaftungen und Verfolgungen halten an, und Menschenrechtsverteidiger:innen sind weiterhin einem erdrückenden Umfeld ausgesetzt. Jüngste Reformankündigungen der Regierung, unter anderem in Bezug auf willkürliche Verhaftungen und die Justizreform, sind

nicht glaubwürdig, wenn sie von mutmaßlichen Tätern gemacht werden, und ändern die Politik der Unterdrückung nicht grundlegend. [2]

Trotz verschiedener Zusagen, auch gegenüber diesem Rat, hat die Regierung weiterhin einschlägigen Sonderverfahren [3] und der Untersuchungsmission den Zugang verweigert.

Wir fordern die venezolanischen Behörden nachdrücklich auf, längst überfällige konkrete Maßnahmen zu ergreifen, auf die dieser Rat weiterhin drängen sollte, um die Politik der Unterdrückung zu beenden, Menschenrechtsverteidiger:innen die Ausübung ihrer Arbeit ohne Angst vor Repressalien zu ermöglichen und unabhängigen Menschenrechtsbeobachter:innen, einschließlich der einschlägigen Sonderverfahren und der Untersuchungsmission, uneingeschränkten und ungehinderten Zugang zu gewähren. In Anbetracht [der Feststellungen unserer Organisation](#) und anderer unabhängiger Beobachter fordern wir die venezolanischen Behörden ausdrücklich auf, unverzüglich Besuche der Sonderberichterstatter für außergerichtliche Hinrichtungen und für Folter und andere Misshandlungen sowie der Arbeitsgruppe für willkürliche Inhaftierungen zu ermöglichen.

Eine wirksame internationale Überwachung und Berichterstattung über die Lage vor Ort ist nach wie vor ein wichtiges Instrument zur Abschreckung und Rechenschaftspflicht, und wir fordern den Rat auf, seine diesbezüglichen Bemühungen fortzusetzen und weiter zu verstärken. Die Bemühungen zur Bewältigung der andauernden Menschenrechtskrise müssen auf einer umfassenden und sinnvollen Konsultation mit der venezolanischen Zivilgesellschaft, einschließlich der Menschenrechtsverteidiger:innen, die ihre Arbeit unter erheblichem persönlichen Risiko mutig fortsetzen, sowie auf deren Einbeziehung und Schutz beruhen.

Danke

(Übersetzt mit Hilfe von www.DeepL.com/Translator (kostenlose Version))

[1] Fact-Finding Mission on Venezuela, Detailed findings of the independent international Fact-Finding mission on the Bolivarian Republic of Venezuela, 15 September 2021, UN Doc. A/HRC/45/CRP.11, paragraphs 2086 - 2094.

[2] UN High Commissioner for Human Rights, Report: Human rights in the Bolivarian Republic of Venezuela, 5 July 2019, A/HRC/41/18, para. 5.

[3] UN Office of the Commissioner for Human Rights, View Country visits of Special Procedures of the Human Rights Council since 1998, spinternet.ohchr.org/ViewCountryVisits.aspx?visitType=all&lang=en, (accessed on 30 June 2021), "Venezuela (Bolivarian Republic of).